

**Bund für Geistesfreiheit Mittelfranken
c/o Bund für Geistesfreiheit Bayern K.d.ö.R.
Hemauer Str. 15
93047 Regensburg**

Frage 1. Bezahlung kirchlicher Amtsträger aus Steuergeldern

Die Gehälter der Bischöfe und Domkapitulare sowie von Geistlichen in der Militär-, Polizei- und Gefängnisseelsorge werden in Bayern aus dem allgemeinen Steueraufkommen, nicht etwa aus der Kirchensteuer bezahlt. Zwar sollen die Gehälter der Bischöfe und Domkapitulare nach einem neuen Gesetzentwurf nicht mehr direkt vom Bayerischen Staat bezahlt werden, sondern von einem Fonds, der bei den Kirchen angesiedelt ist, der aber ausschließlich vom Staat finanziert wird. Halten Sie diese Finanzierung von kirchlichen Amtsträgern aus staatlichen Mitteln für gerechtfertigt?

Nein. Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen. Finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.

Was werden Sie ggfs. unternehmen, um hier eine Änderung zu erreichen?

Wir möchten diese Zahlungsverpflichtungen gesetzlich beenden und die Mittel in anderen Bereichen einsetzen. Zudem soll der Freistaat den Kommunen gesetzlich ermöglichen, ihrerseits Zahlungen an Kirchengemeinden einzustellen.

Frage 2. Religionsunterricht an staatlichen Schulen

Halten Sie den nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht an den staatlichen Schulen für ein geeignetes Mittel, den Schülern zentrale Werte unserer Gesellschaft wie etwa Toleranz zu vermitteln, oder scheint Ihnen dazu ein für alle verpflichtender Ethikunterricht, wie er in Berlin eingeführt und durch Volksentscheid bestätigt worden ist, ein besserer Weg?

Die Piratenpartei Bayern hat hierzu keine Aussage beschlossen. Es ist jedoch klar, dass der Staat keine Religion bevorzugen oder benachteiligen soll. Allerdings fordert die Piratenpartei Rheinland-Pfalz Religion und Glaube im Ethikunterricht an exemplarischen Beispielen zu lehren. Der Religionsunterricht soll ergänzend auf spezielle Aspekte einer einzelnen Religion und Konfession eingehen und die Toleranz zwischen Religionen fördern.

Frage 3. Konkordatslehrstühle

In Bayern gibt es an nicht-theologischen Fakultäten insgesamt 21 Lehrstühle, deren Inhaber erst ernannt werden, wenn der örtlich zuständige katholische Bischof keine Einwendung hinsichtlich des katholisch-kirchlichen Standpunkts des zur Ernennung vorgeschlagenen Bewerbers erhebt, die sog. Konkordatslehrstühle. Halten Sie dieses Privileg der katholischen Kirche für gerechtfertigt?

Nein.

Werden Sie sich für eine Abschaffung dieses kirchlichen Privilegs einsetzen?

Ja, für alle nicht-theologischen Lehrstühle haben die gleichen Regelungen für die Berufung des Lehrstuhlinhabers und von Professuren zu gelten. Ein Einspruchsrecht der katholischen Kirche darf nicht dazu gehören.

4. Berücksichtigung konfessionsfreier Menschen im Rundfunk

In Bayern macht der Anteil der konfessionsfreien Bürgerinnen und Bürger etwa 25 Prozent aus; das ist erheblich mehr als der Anteil etwa der evangelischen Christen. Dabei nimmt der Anteil der Konfessionsfreien in Bayern pro Jahr etwa um 0,4 Prozentpunkte zu. Ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht die Vertretung der Konfessionsfreien sowohl in den Gremien der Rundfunkräte wie auch bei der Zuteilung von Sendezeiten bei weitem nicht.

Sind Sie bereit, sich für eine Vertretung der konfessionsfreien Bürgerinnen und Bürger in den Gremien des bayerischen Rundfunks und für ihre Berücksichtigung bei den Sendezeiten einzusetzen, die der zahlenmäßigen Bedeutung der Konfessionsfreien entspricht?

Die Rundfunkräte bestehen aus entsendeten Vertretern gesellschaftlicher Organisationen. Es gibt derzeit kein Mitglied, welches explizit die Interessen der Bürger vertritt. Auch die Nutzer müssen an der Kontrolle und Steuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligt werden.

Ziel ist dabei aber nicht die Erhöhung der Einschaltquoten, sondern die Rückmeldungen der Nutzer sollen den gewünschten Umfang der Grundversorgung aufzeigen. Ein jährlicher Bericht darüber bildet dann die Grundlage eines öffentlichen Aufgabenkatalogs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ein repräsentativer Rundfunkrat wird weiterhin benötigt. Die Zusammensetzung soll jedoch die reale, vielfältige Gesellschaftsstruktur abbilden. Durch transparente Darstellung des Aufgabenkatalogs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Tätigkeitsberichte der Mitglieder soll eine Beurteilung der individuellen Leistungen der Ratsmitglieder möglich werden.

Ziel ist ein demokratisch gesteuerter öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Der Nutzer sagt, was er gerne hätte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gleicht Angebot und Nachfrage aus. Der Rundfunkrat überwacht den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Nutzer überwacht den Rundfunkrat.

Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, dass die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender in Zukunft nicht mehr durch aktive Parteipolitiker oder Funktionäre besetzt werden. Personen, die von Parteien oder Regierungen entsandt werden und dort die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation mitbestimmen, schaden der Unabhängigkeit des Rundfunkrates und damit dem Ansehen des ÖRR im Allgemeinen.

Prinzipiell sollte das öffentlich-rechtliche Fernsehen um Inhalte bereinigt werden, die einen religiösen Bezug haben. Insofern ist es unwahrscheinlich, dass wir uns für eine Ausweitung von Sendezeiten für Konfessionsfreien einsetzen. Eher wird eine Aufhebung von Sendezeiten für jegliche Art von Sendezeiten mit religiösem Bezugs einsetzen.

Frage 5. Finanzierung der Universität Eichstätt

Der Freistaat Bayern trägt die Kosten der Katholischen Universität Eichstätt zu 85 Prozent (in der Anfangsphase sogar zu 90 Prozent), ohne dass er auf die Ernennung der dort beschäftigten Hochschullehrer irgendeinen Einfluss hat. Halten Sie dies für gerechtfertigt?

Nein. Die Piraten fordern die strikte Trennung von Staat und Kirche, auch für öffentliche Hochschulen.

Was werden Sie ggfs. unternehmen, um eine Änderung herbeizuführen?

Die staatliche Finanzierung einer kirchlichen Universität ist nicht mit unserer Haltung zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Einklang zu bringen. Andererseits wäre ein sofortiger Ausstieg aus der Finanzierung sicher das Ende des universitären Angebots. Insofern würden wir uns für einen Ausstieg aus der Finanzierung in einem angemessenen Zeitrahmen einsetzen, der es der Universität erlaubt, durch die Einwerbung von Drittmitteln den Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten

Frage 6. Aufhebung des Tanzverbots an den Stillen Tagen

Das Bayerische Feiertagsgesetz verbietet am Karfreitag „in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art“ (FTG Art. 3 Abs. 2). Es mag den Religionsgesellschaften unbenommen sein, ihren Mitgliedern an diesem Tag Tanz und musikalische Darbietungen zu untersagen. Ist es berechtigt, auch Mitbürger, die keiner christlichen Religionsgesellschaft angehören, in Bayern sind das ca. 2,5 Millionen, durch staatliches Gebot zu einem Verhalten zu nötigen, für das nur der Wunsch von Religionsgesellschaften ausschlaggebend ist?

Nein, die Religionsfreiheit gilt nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen. Eine einseitige Bevorzugung einer Religion lehnen wir ab. Deshalb haben am Karfreitag 2012 eine Tanzveranstaltung ohne Musik durchgeführt. Am Karfreitag 2013 wurde uns dies untersagt.

Werden Sie sich für die Abschaffung dieser Gesetzesbestimmung einsetzen?

Ja, an den so genannten "Stillen Tagen" sind in Bayern fast alle Veranstaltungen, die über "Schank- und Speisebetrieb" hinausgehen, ab 2 Uhr in der Nacht untersagt. Dies betrifft neben Tanz- auch Sportveranstaltungen, Volksfeste, musikalische Darbietungen, Zirkus & Artistik, Freizeitanlagen, Theater und Filmvorführungen, sowie weitere gesellschaftliche Bereiche.

Dadurch hat die Kirche immer noch die Deutungshoheit über die Zeiten, in denen Kulturgenuß erlaubt ist und die Zeiten, in denen die Bevölkerung aktiv davon abgehalten wird.

In einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft ist die Priorisierung christlicher Feiertage über weltliche, gesellschaftliche Aktivitäten nicht mehr zeitgemäß. Wir werden uns dafür einsetzen, die stillen Tage in Bayern komplett abzuschaffen.